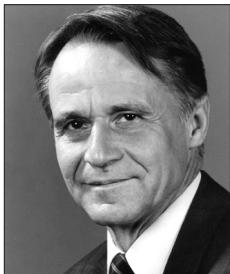




DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



HANS-ULRICH KLOSE

Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg

16. OKTOBER 1975

ROLLE UND STIMME HAMBURGS –
KRITISCHE FRAGEN AN UNS SELBST



Das Thema, zu dem ich sprechen will beziehungsweise muß (weil ich dazu provoziert worden bin), ist auf Kritik, auch auf Selbstkritik angelegt. Es geht bereits von der Vermutung aus, daß Hamburg in der Bundesrepublik und gegenüber dem Ausland nicht die Rolle spielt, die es spielen könnte und sollte; es enthält bereits die Forderung, die Stimme Hamburgs deutlicher und hörbarer zu machen, mehr Einfluß zu haben und zu nehmen; gerade auch vor diesem Forum sind in letzter Zeit kritische Stimmen in dieser Richtung laut geworden.

Ich frage mich allerdings, ob es wirklich stimmt, daß Hamburgs Rolle undeutlich, daß sein Einfluß zu gering ist, geringer zumindest, als er früher gewesen ist. Wenn man sich ansieht, liest und anhört, was besonders in den letzten beiden Jahren über Hamburg gesagt und geschrieben worden ist, spricht eigentlich alles gegen die Eingangsvermutung. Die Besucher dieser Stadt, gleich ob sie aus dem Inland oder aus dem Ausland zu uns kommen, sind voll des Lobes über Hamburg, über unser Verkehrssystem, über das hohe kulturelle Niveau, das Freizeitangebot. Sie finden diese Stadt schön, einige sagen sogar, sie sei die schönste oder beste Stadt Deutschlands. Ich will auf solchen Aussagen nicht herumreiten (zumal das auch nicht unsere Art ist). Wenn wir aber ehrlich sind, müssen wir zugeben: Wir hören solche Superlative, bezogen auf unsere Stadt, nicht ungern.

Ich nenne weitere Punkte: Der Bundeskanzler – eben jener Helmut Schmidt, der 1962 in seinem Drei-Sterne-Artikel mehr Hanseaten für die und in der Politik forderte – kommt aus Hamburg; das gleiche gilt für den Bundesfinanzminister, für den Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium; der Vorsitzende der Mehrheitsfraktion im Bundestag vertritt einen Hamburger Wahlkreis. Ich weiß, von Hamburg aus gesehen, werden diese Hanseaten in Bonn nicht immer uneingeschränkt den eigenen Reihen zugerechnet; in Bonn gelten sie jedoch als Hamburger.

Hamburg ist, wenn die Hamburger Politik in Bonn Forderungen geltend gemacht hat, häufiger erfolgreich als erfolglos geblieben. Daran ändert auch die jüngste Entscheidung über den Standort der Wasser- und Schifffahrtsdirektion nichts; daß ich diese Entscheidung, um das hier nicht zu verschweigen, für unverständlich und falsch halte, brauche ich nicht besonders zu betonen. Sie scheint weniger sachlich als opportunistisch begründet zu sein. Davon abgesehen, haben wir uns aber doch häufiger in Bonn durchgesetzt. Erwähnen möchte ich die Bundesbeteiligung bei der Förderung von Modellversuchen im Bereich der Forschung, die Investitionshilfen für den Schiffbau, die vielfältigen Maßnahmen zur Infrastrukturförderung, zum Beispiel durch die Beteiligung des Bundes beim Bau des Elbtunnels, des Elbe-Seiten-Kanals und der City-S-Bahn. Ich könnte weiter auf durchgesetzte Hamburger Sonderwünsche in Fragen der Lehrerbewilligung hinweisen, tue dies aber nur gebremst, weil es angesichts der gegenwärtigen Finanzlage Hamburgs durchaus auch Stimmen gibt, die meinen, wir wären in diesem Punkt leider zu erfolgreich gewesen.

Wenn man sich das alles vor Augen hält – Ergänzungen, die das Gesamtbild noch positiver gestalten, wären möglich – und wenn dann dennoch die Forderung erhoben wird, Hamburg solle mehr Einfluß haben und nehmen und seine Rolle stärker betonen – auf welche Kritikpunkte bezieht sich dann diese Forderung? Diese Frage läßt sich nur beantworten, wenn zuvor gesagt wird, worin denn die Rolle Hamburgs bestehen soll, damit dann an dieser Rollendefinition gemessen werden kann, ob und inwieweit die Freie und Hansestadt Hamburg dieser von ihr beanspruchten oder ihr zugesuchten Rolle auch gerecht wird.

Dabei fällt zunächst auf, daß dieser Stadt Hamburg mit großer Selbstverständlichkeit eine besondere Rolle in der Bundesrepublik gegenüber Bonn und im Verhältnis zum Ausland zugeschrieben wird. Niemand – es seien denn besonders eifrige Lokalpatrioten – würde auf die Idee kommen, die Frage nach der Rolle Münchens oder Frankfurts in der Bundesrepublik und gegenüber dem Ausland zu stellen, es sei denn für München unter dem durchaus liebenswürdigen Gesichtspunkt des Tourismus und für Frankfurt unter dem beinahe anfaßbaren Aspekt der Karriere. Näher würde es da schon liegen, die Frage nach der Rolle Bayerns zu stellen. Von allen Städten, von Hamburg abgesehen, wird nur noch Berlin eine Sonderstellung eingeräumt, die sich aus seiner besonderen geographischen und politischen Lage erklären läßt. Berlin – das ist die alte, die Reichshauptstadt, Viermächtestatus, Wille zur Freiheit und Mahnung zur Wiedervereinigung.

Wenn also Hamburg eine besondere Rolle zugesucht wird, worin besteht sie? Zunächst in dem Anspruch Hamburgs, Welthandelsstadt und Tor zur Welt zu sein oder sein zu wollen. Hamburgs Stellung als bedeutender Außenhandelsplatz der Bundesrepublik ist unbestritten. Hamburg verfügt über alle Voraussetzungen, die für das Außenhandelsgeschäft gebraucht werden. Von Im- und Export, von Schifffahrt und Spedition, von Banken und Versicherungen versteht man in Hamburg etwas, und das weiß man auch im Ausland. Der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion, Nowikow, hat in einem Gespräch, das ich bei meiner kürzlichen Reise in die Sowjetunion geführt habe, auf die besondere Bedeutung Hamburgs als Außenhandelszentrum hingewiesen – das ist für einen Politiker des Ostblocks ein immerhin bemerkenswerter Vorgang. Die Frage muß gestellt werden, ob Hamburgs Stellung als Außenhandelszentrum gefährdet ist. Die Antwort lautet spontan: Nein, und nach kurzer Überlegung: Nicht gefährdet, aber auch nicht ungefährdet. Denn die Struktur und die Bedingungen des Außenhandels haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Wickelten früher Industriefirmen ihren Export fast ausschließlich über die hamburgischen Handelshäuser ab, so tun sie dies heute vermehrt direkt, d. h. ohne Einschaltung der spezialisierten Außenhandelsfirmen. Hinzu kommt, daß die Geschäftspartner im Ausland zunehmend staatliche Institutionen und Organisationen sind – das gilt für die Länder der Dritten Welt und vollen Umfangs für den gesamten Ostblock –, die auch auf unserer Seite staatliche Mitwirkung verlangen. Das alles, verschärft durch den Verlauf der Weltkonjunktur, hat die Bedingungen des Welthandels verändert. Welche Dimensionen diese Veränderung haben könnte, wird deutlich in der Forderung der Entwicklungsländer nach Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Zu fragen ist, welche Rolle Hamburg in diesem Umstrukturierungsprozeß bei der Erarbeitung neuer Rahmenbedingungen für den Welthandel spielt. Die Frage richtet sich zunächst an die Politiker, an den Senat, aber auch an das Parlament. Es ist eine kritische Frage, denn die Antwort ist nur halbwegs befriedigend. Gewiß haben Senatoren und Bürgermeister zur Entwicklung des Außenhandels Aussagen gemacht, Stellung bezogen; sie haben gelegentlich sogar verhandelt. Ob sie aber ihre Möglichkeiten im Bund, sei es über den Bundesrat, sei es durch das direkte Gespräch mit dem Bundeskanzler oder mit den Bundesministern, voll genutzt haben, um mehr Einfluß auf die entwicklungspolitischen Vorstellungen der Bundesrepublik und auch der EG zu nehmen, erscheint zumindest zweifelhaft.

Das gilt jedenfalls für die jüngste Vergangenheit. Für die Gegenwart, so denke ich, werden auch Sie eine verstärkte Aktivität des Senats gerade in diesen Fragen bemerkt haben. Sicherlich ist Ihnen nicht entgangen, daß ich bei meinem Besuch in der Sowjetunion außenhandels-, hafen- und schiffahrtspolitische Fragen angesprochen habe. Die Antworten meiner Gastgeber auf diese Fragen waren nicht immer befriedigend, aber der Erkenntniswert für mich, für den Senat, ist erheblich und außerordentlich nützlich, wenn es um die Konsequenzen geht, die sich daraus für unsere Politik ergeben.

Verstärken müssen wir sicherlich unser Gespräch mit Brüssel. Dort gibt es eine ständige Vertretung der Bundesländer, in der auch ein Hamburger Beamter arbeitet. Dennoch ist hier noch einiges zu tun. Der kürzliche Besuch des Präsidenten der Europäischen Gemeinschaft, Ortoli, in Hamburg hat eine sehr gute Gesprächsatmosphäre geschaffen. Gedanken, die bei diesem Besuch ausgetauscht worden sind, sollen bei einem kurzen Arbeitsbesuch, zu dem ich im November nach Brüssel fahren werde, vertieft werden. Ich wäre dankbar, wenn die Hamburger Wirtschaft, unmittelbar oder vermittelt durch die Kammer, mir durch Hinweise auf aktuelle Problemlagen, die nur auf europäischer Ebene gelöst werden können, bei der Vorbereitung dieser Reise helfen würde. Ich werde Sie zu diesem Punkt noch konkret ansprechen, wie ich überhaupt bemüht bin, das Gesprächsverhältnis zwischen dem Rathaus und Ihnen - ich meine insbesondere die Vertreter der Hamburger Wirtschaft - möglichst eng zu gestalten. Ich brauche Ihren Rat, bin auf Ihren Sachverständ angewiesen, und bitte Sie deshalb, dem Senat Ihren Sachverständ zur Verfügung zu stellen, auch wenn dieser Senat Ihnen parteipolitisch nicht gefällt. Sie dürfen sich dem nicht entziehen. Das sage ich, weil ich bei meinen Versuchen, ein solch enges Gesprächsverhältnis herzustellen, durchaus unterschiedliche Reaktionen verspürt habe; große Bereitschaft, auch Hilfsbereitschaft, auf der einen Seite, gelegentlich aber auch höfliches Desinteresse. Bei manchen Gesprächen und Begegnungen ist bei mir der Eindruck entstanden, es könnte möglicherweise noch immer so sein, wie Helmut Schmidt es in seinem Drei-Sterne-Artikel geschrieben hat: Daß der Hamburger Unternehmer, der vom Bundeskanzler zum Gespräch gebeten wird, zwar hingehnt, aber innerlich mit den Achseln zuckt und sich fragt, was für einen Zweck das wohl habe. Beim Bundeskanzler – da bin ich ganz sicher – hat sich das inzwischen geändert. Ich wäre dankbar, wenn es sich auch bezogen auf den Bürgermeister dieser Stadt verändern würde. Und ich denke, daß das möglich und auch in Ihrem Sinne sein müßte; denn schließlich verlangen Sie auch von mir, Hamburg solle sich in Fragen der Wirtschaftspolitik politisch stärker artikulieren.

Dabei fällt allerdings auf: Die Forderung, Hamburg möge seine politische Stimme auch im Bereich der Wirtschaftspolitik erheben, ist für den Bereich des Hamburger Handels – in historischer Dimension betrachtet – ungewöhnlich und neu. Die Hamburger Kaufleute haben eigentlich nie viel über sich selbst geredet. Sie haben gehandelt, im doppelten Sinne des Wortes. Dabei haben sie ein gewisses Gefühl für Macht und Machterhaltung entwickelt, nicht so sehr im Sinne von Herrschaft über andere, sondern mehr im Bewußtsein politischer und finanzieller Potenz. Die Hamburger waren nie besonders kämpferisch, nie offensiv oder gar aggressiv. Sie haben sich, wenn die Notwendigkeit dazu bestand, verteidigt, auch mit der Waffe – mit gutem Erfolg übrigens –, aber sie haben nicht erobert. Hamburg hat viele seiner Erfolge in der Geschichte nicht erkämpft, sondern direkt oder indirekt, über Mittelmänner, erkauft. Und für die Weltoffenheit Hamburgs war maßgebend nicht so sehr die Idee oder Ideologie internationaler Verbrüderung, sondern das profitable

Handelsinteresse. Gute Beziehungen zu anderen Ländern – das war und ist auch heute noch in starkem Maße das hamburgische Synonym für intakte Handelsbeziehungen. Damit ich nicht mißverstanden werde: Ich sage das ohne Wertung, und würde ich werten, so wäre das Ergebnis eher positiv, weil es den Kern der Sache betrifft. In jüngster Zeit ist allerdings ein Umdenken nötig geworden, in Grenzen vollzieht es sich sogar, und das nicht nur, weil das Geld ausgegangen ist. Der Handel, die Wirtschaft überhaupt, kann von der Ausgestaltung der auswärtigen Beziehungen losgelöst nicht mehr betrachtet werden. Internationale politische Entwicklungen beeinflussen die Wirtschaft, wie umgekehrt die Wirtschaft – das ist keine neue Erkenntnis – die Politik bis hin zur Sicherheitspolitik unmittelbar tangiert. Im übrigen ist für jedermann erkennbar, daß sich der Außenhandel in seiner modernen Ausgestaltung nicht mehr auf den bloßen Warenaustausch und den Kapitaltransfer beschränken kann; er ist eingebettet in eine umfassende, planvolle Zusammenarbeit zwischen den Staaten, woraus sich zwangsläufig die Notwendigkeit einer stärkeren Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft auch im nationalen Bereich ergibt. Das gilt auch für den engeren Bereich Hamburgs. Hamburg muß sich über seine Rolle als privatwirtschaftlich organisierter Außenhandelsplatz hinaus zum kooperativen Beratungs- und Dienstleistungszentrum, zu einem Technologietransfer-Zentrum entwickeln, das nicht nur Güter und Kredite, sondern auch technologische und wissenschaftliche Problemlösungen für Probleme ganz unterschiedlicher Art vermittelt. Dazu müssen die gesamten Potentiale dieser Stadt und eben auch das Potential des Staates, wie zum Beispiel das Weltwirtschafts-Institut und das Übersee-institut, aber auch die Bildungseinrichtungen des tertiären Sektors sowie das in den Ämtern gespeicherte know-how, besser – um nicht zu sagen: Optimal – genutzt werden. Die Potentiale vom Wissen und Know-how dürfen nicht beziehungslos nebeneinander bestehen. Sie müssen sich gegenseitig beeinflussen, befruchten, mit der Möglichkeit, daß dabei konkrete Kooperationsmechanismen entwickelt werden. Sie wissen sicher, weil es sich inzwischen wohl herumgesprochen hat, daß die Planer der Stadt konkrete Überlegungen in dieser Richtung angestellt haben.

Wenn Sie mir in diesem Zusammenhang eine kritische Anmerkung erlauben, die nicht ganz zum Thema gehört, aber doch wichtig ist: Es könnte wesentlich zur Entwicklung verbesserter Kooperationsformen beitragen, wenn insbesondere die großen Außenhandelshäuser ihre Selbstdarstellung verbessern würden. Zurückhaltung und Scheu vor der Öffentlichkeit mögen einer vornehmen hanseatischen Tradition entsprechen. In einer Zeit, die Offenheit, Transparenz und Kooperation erfordert und zur Durchsetzung von eigenen Unternehmensinteressen auch benötigt, sind sie unangebracht. Ich will hier keine positive oder negative Schleichwerbung betreiben, aber ich frage mich doch, warum man in der breiten Öffentlichkeit in Hamburg zwar die Namen der großen Industriefirmen wie Shell, ESSO, MAN und Reemtsma, um nur einige zu nennen, kennt, nicht aber die Namen und vor allem die Aktivitäten der großen Außenhandelshäuser, obwohl gerade von diesen neue Kooperationsformen entwickelt werden oder, wenn es nicht schon geschehen ist, entwickelt werden müssen. Ich denke hier insbesondere an das Anlagengeschäft.

Eine weitere kritische Anmerkung ist nötig, die sich jedoch nicht an die Wirtschaft, sondern an die Politik richtet, um es konkret zu sagen, an das Parlament. Ich fasse die Kritik in Frageform: Gab es in der Hamburger Bürgerschaft in jüngerer Zeit schon einmal eine Debatte über Probleme der Außenwirtschaft?

Ich bin seit 1970 Mitglied des Parlaments und kann mich an eine solche Debatte nicht erinnern, meine aber, daß es gut und hilfreich wäre, wenn sie geführt würde. Bei der Frage nach der besonderen Rolle Hamburgs ist nicht nur an seine Sonderstellung im ökonomischen Bereich, sondern auch an seine Sonderstellung im politischen Bereich, d. h. an seine Sonderstellung als Stadtstaat zu denken.

Hamburg hat sich mit seinem Status als Land der Bundesrepublik erfolgreich allen Mediatisierungsversuchen widersetzt und dadurch – insoweit gemeinsam mit Bremen – das Erbe der früheren ‚Reichsunmittelbarkeit‘ der freien Reichsstädte bewahren können. Das ist gut so; anders formuliert: Es müßten schon außerordentlich gute, ja zwingende Gründe sein, die mich überzeugen könnten, die Eigenstaatlichkeit Hamburgs aufzugeben. Bisher habe ich von solchen zwingenden Gründen nichts

gehört. Hamburg ist darüber hinaus die einzige Stadt mit voller territorialer Einheit zwischen Kommunalität und Staatlichkeit. Bremen besteht – wie Sie wissen – aus zwei Gemeinden: Bremen und Bremerhaven. Berlin besteht ebenfalls aus mehreren politisch selbständigen Bezirken. Nicht so Hamburg.

Die Bedeutung der besonderen Verfassungslage Hamburgs liegt darin, daß die Vielfalt der in einer Stadt anfallenden öffentlichen Funktionen – vom sozialen Wohnungsbau über Polizei und Universität bis zur Müllabfuhr – und die Verantwortung für die daraus entstehenden Probleme in Hamburg nicht, wie in anderen Städten, zwischen den Instanzen Oberbürgermeister und Ministerpräsident geteilt, sondern in einer Hand, in der Hand des Senats, vereint sind. Kein Oberbürgermeister befaßt sich unmittelbar und aus eigener Kompetenz mit Polizeireform, mit Schulverfassung und Universitätsreform, kein Ministerpräsident unmittelbar und aus eigener Kompetenz mit Stadtentwicklung, Bebauungsplänen, Kindergärten und Altenheimen. Der Hamburger Senat muß alle diese Problembereiche unmittelbar abdecken.

Diese alle städtischen Funktionen umfassende Kompetenz des Senats – man könnte dies hamburgische Vollkonkurrenz nennen – bietet die große Chance, mit Hilfe geeigneter Instrumente – zum Beispiel Planungsstab und mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung – frühzeitig und umfassend die Probleme einer Großstadt zu erkennen. Es ist die Verpflichtung des Hamburger Senats, diese einmalige Chance für Hamburg, aber nicht nur für Hamburg, zu nutzen.

Es gibt gegenwärtig keine Großstadt, die ohne Probleme wäre. Auch Hamburg hat Probleme. Ich will hier nur auf die Stichworte Bevölkerungsentwicklung, Arbeitsplatzlücke, Stadtsanierung und Stadtteilentwicklung sowie Wirtschaftsförderung hinweisen. Daß man Probleme hat, bedeutet aber noch lange nicht, daß man diese Probleme in vollem Umfang auch erkennt. Aufgrund der Komplexität der städtischen Probleme entziehen sich diese der spontanen und unreflektierten Wahrnehmung.

Ausgangspunkt für eine Lösung der Probleme ist daher eine saubere, vorurteilsfreie und wunschlose Analyse. Man muß sich über den eigenen Zustand und über die Abhängigkeit vom Zustand der anderen klarwerden.

Damit ist in Hamburg frühzeitig begonnen worden. In der Regierungserklärung zu Anfang des Jahres habe ich auf die Notwendigkeit einer derartigen Analyse hingewiesen und sie vollzogen. Diese Analyse hat es uns ermöglicht, das volle Ausmaß der Sparnotwendigkeiten im öffentlichen Bereich frühzeitig zu erkennen und mit den entsprechenden Instrumenten der mittelfristigen Finanzplanung und des Haushaltplanes steuernd einzugreifen. Daß Hamburg so frühzeitig und konsequent sein Sparprogramm verabschiedet hat, lag ja nicht daran, daß es Hamburg auf einmal wesentlich schlechter ging als anderen Städten und Ländern, sondern daß Hamburg als erstes Land in der Lage war, die Eindringlichkeit und den strukturellen Charakter der Sparnotwendigkeit zu erkennen. Dabei sind wir uns natürlich bewußt, daß die Erkenntnis, der Staat oder die Stadt müsse sparsamer wirtschaften, mit Sicherheit noch keine Politik ist. Sie ist für Hamburg allerdings die Basis und Voraussetzung einer neuen politischen Denk- und Handlungsweise.

Hat man die bestehende Problemlage erkannt, mit anderen Worten, hat man sich selbst „aufgeklärt“, so ist die nächste Frage: Soll man von seinen Problemen sprechen, erhebt man insoweit seine Stimme oder nicht?

Hier muß man sehen: Hamburg hat nie viel über seine Probleme geredet. Und von den Problemen anderer redet man erst recht nicht; das ist nicht fein. Die Devise lautet: Über Probleme spricht man nicht, man löst sie. Für viele ist deshalb das offene, öffentliche Reden über Probleme etwas exhibitionistisch, zumindest unhanseatisch. Aber: Es mag vornehm sein, zu Problemen zu schweigen. Ob solches Schweigen in einer demokratischen Gesellschaft, in der Interessengegensätze offen artikuliert werden, vernünftig ist, erscheint mir zweifelhaft; ganz sicher wird es dadurch nicht leichter, die Probleme zu lösen. Denn ohne Offenlegung der Probleme kann es zum Beispiel bei notwendigen unpopulären Maßnahmen schnell zu einem Legitimationsdefizit kommen. Dem Empfinden des Bürgers, sich gegenüber dem Staat in einer umfassenden Abhängigkeit zu befinden, dem teilweise drastisch artikulierten Eindruck des Bürgers, die staatliche Verwaltung sei ein intransparenter, uneffektiver und von undurchsichtigen Interessen gesteuerter Apparat, kann nicht mit dem blo-

ßen Hinweis begegnet werden, jedes staatliche Handeln sei lückenlos der Kontrolle des demokratisch gewählten Parlaments unterworfen; denn derart formal legitimierte Entscheidungen werden ja gerade vom Bürger in Frage gestellt. Der Bürger fordert die offene Diskussion der Probleme.

Das gilt im übrigen nicht nur im staatlichen Bereich, sondern ähnlich auch im Unternehmensbereich. Auch im Verhältnis zur Wirtschaft wird dem Bürger deutlich, welche Abhängigkeiten sich für ihn aus den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen und Strukturen in der Bundesrepublik und der Welt ergeben. Dabei ist die gegenwärtige weltwirtschaftliche Entwicklung in ihren Auswirkungen auch auf uns – wegen unserer starken Außenhandelsorientierung – geeignet, ein Gefühl der Unsicherheit zu erzeugen. Es besteht durchaus die Gefahr, daß die Anfälligkeit des Bürgers gegenüber Panikmache oder Heilslehren von links oder rechts wächst. Dem muß durch eine offene, ehrliche Problemdiskussion begegnet werden. Um es klar zu sagen: Es gibt keine Alternative zur offenen Diskussion der Probleme.

Es muß aber auch gesehen werden, daß die öffentliche Diskussion nicht automatisch geeignet ist, Einsicht zu schaffen. Einer an wachsende Staatsleistungen gewohnten Gesellschaft fällt es schwer, Grenzen der Leistungsfähigkeit des Staates zu akzeptieren. Es besteht die Gefahr, einzelnen Personen oder Parteien, dem Staat oder sogar dem System insgesamt die Verantwortung für Probleme anzulasten, zu deren Entstehung wir alle gemeinsam beigetragen haben und die nicht durch einzelne, und seien es einschneidende, Entscheidungen behoben werden können, sondern nur in einem langwierigen Umstrukturierungsprozeß. Welche Probleme bei der Durchsetzung unpopulärer Maßnahmen auch dann noch bestehen, wenn sie zugleich in der Öffentlichkeit ausführlich diskutiert werden, zeigt zum Beispiel die Durchsetzung der Sparbeschlüsse etwa im Bereich der Schulen.

Die Menschen auch in Hamburg – in Hamburg aber noch eher als anderswo – wollen nicht – noch nicht – wahrhaben, daß wir Probleme haben, daß wir sogar in Hamburg nicht mehr so betucht sind, so viele Reserven besitzen wie früher. Wir sind alle miteinander in der Vergangenheit etwas verwöhnt worden.

Diese Einstellung muß sich jetzt ändern. Wir müssen alle als Bürger erkennen, daß der Staat kein – wie Professor Herbert Weichmann es formuliert hat – „Selbstbedienungsladen“ ist und daß aktives Mitwirken im demokratischen Prozeß nicht bedeuten kann, daß jeder allein oder in Gemeinschaft mit anderen Forderungen erhebt und mit großer Selbstverständlichkeit erwartet – weil er es bisher erwarten durfte –, daß diese Forderungen auch erfüllt werden. Der demokratische Staat ist – Gott sei Dank – kein Oberstaat, der für alles zu sorgen hat und der den Bürger eben wegen seiner Übermacht in eine absolute Passiv- beziehungsweise Konsumentenrolle drängt. Bürger sein heißt nicht nur, Dienste des Staates fordern und in Anspruch nehmen, sondern heißt umgekehrt auch, bereit sein, seinen Teil zum Wohlergehen der Gemeinschaft beizutragen. Hier ist Initiative nötig, und diese Initiative muß anders aussehen als die Praxis der meisten Bürgerinitiativen, deren Initiative sich doch im wesentlichen darin erschöpft, Handlungen oder Unterlassungen vom Staat zu fordern. Die Bürger sind aufgefordert, selbst etwas zu tun, Probleme selbst zu lösen, mit eigenen solidarischen Mitteln. Nur so wird es uns gelingen, den hohen Lebensstandard, den wir erreicht haben, zu erhalten und die Lebensqualität, besonders in den großen Städten, zu mehren.

Hamburg könnte hier eine zusätzliche Vorbildfunktion übernehmen. Hamburg ist dafür in besonderer Weise geeignet, weil die Menschen in dieser Stadt – seien es geborene Hamburger oder Zugereiste, die in ihrer Hamburg-Mentalität häufig noch ausgeprägter sind als die Geborenen – aus der Geschichte heraus ein besonderes Gemeinschaftsgefühl entwickelt haben. Es scheint mir – um es nur am Rande zu erwähnen – kein Zufall zu sein, daß Hamburg lange Zeit ein Zentrum der Arbeiterbewegung gewesen ist und noch heute als Zentrum der Gemeinwirtschaft angesehen werden kann. Das Gefühl für Solidarität ist hier weiter verbreitet, der Bürgersinn stärker entwickelt als anderswo. Das Identifikationsbedürfnis mit der Stadt und mit den Menschen, die in dieser Stadt leben, ist ungebrochen. Es gilt, diese Tugenden Hamburgs heute zu aktualisieren – wie und in welcher Richtung, darüber bitte ich Sie in eigener Initiative selbst nachzudenken. Sie wissen es so gut wie ich. Ich habe von einer zusätzlichen Vorbildfunktion gesprochen; zusätzlich, weil Hamburg auch

materiell in fast allen Bereichen der Infrastrukturausstattung noch immer Vorbild für andere Städte ist. Diese materielle Vorbildfunktion gilt es trotz der Sparmaßnahmen – richtiger: Durch die Sparmaßnahmen – zu erhalten. Noch immer wird die Notwendigkeit zu sparen als eine nur temporäre Erscheinung angesehen, wird ihre strukturelle Notwendigkeit nicht erkannt. Es geht aber nicht darum, blind Leistungen zu kappen, um den Haushalt auszugleichen, obwohl auch dies schon eine vernünftige politische Maßnahme wäre. Es geht gezielt darum, bei den laufenden Ausgaben zu sparen, um die Handlungsfähigkeit des Staates bei der Lösung existentieller Probleme zu erhalten beziehungsweise wiederherzustellen. Wir müssen fähig sein und bleiben, die notwendigen Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Wir müssen – das ist nicht nur eine Formel – unsere Zukunft sichern. Und wir müssen den Menschen sagen – tun das auch, wie mir scheint, mit hinreichender Deutlichkeit –, daß dies in der gegenwärtigen Lage nur so, das heißt durch Sparen bei den laufenden Ausgaben, geschehen kann – in Hamburg und anderswo.

Letzteres ist – was das Sagen angeht – neu. Hamburg hat in der Vergangenheit seine Stimme nur erhoben, wenn es um seine eigenen spezifischen Interessen ging – freier Zugang zu beiden Meeren, freier Handel, Zollfreiheit usw. Im übrigen verhielt man sich streng neutral. So hat sich ein Kodex herausgebildet, nach dem Hamburg nur zu spezifischen hamburgischen Interessen Stellung zu nehmen und auf die Wahrung dieser Interessen zu achten habe. Da es ferner den Hamburgern immer besser ging als den anderen, glaubte man auch kein Recht zu haben, zu allgemeinen Problemen klagend oder mahnend Stellung zu nehmen; dies wäre den Hamburgern auch von den anderen Ländern bestritten worden. Vielmehr – so die anderen – sollte Hamburg stets nur zahlen und hat dies auch getan. Noch heute zahlt Hamburg jährlich Hunderte von Millionen im horizontalen Finanzausgleich an andere Bundesländer, ungern, wie ich zugebe – gelegentlich kommen mir dabei ganz unanständige Gedanken.

Nunmehr haben aber die allgemeinen Probleme der Städte und Länder auch Hamburg erreicht und erschüttert. Und das heißt: Allgemeine Problem sind heute auch hamburgische Probleme – und umgekehrt. Hamburg hat deshalb das Recht und sogar die Pflicht, zu allen Problemen, die allgemein und deshalb auch für Hamburg von Bedeutung sind, seine Stimme zu erheben, auch wenn diese Probleme nicht spezifisch hamburgische, also zum Beispiel durch Hafen und Handel bedingt sind. Die Hamburger sind aber nicht gewohnt, daß ein Hamburger Landespolitiker, daß gar ein Senator laut nachdenkt und über allgemeine Probleme und Problemlösungen spricht. Statt sich darüber zu freuen, daß überhaupt nachgedacht wird – die Freude kann nach Form und Inhalt geteilt sein –, ist man eher entsetzt und beschwört auch öffentlich die Notwendigkeit einheitlichen Auftretens.

Ganz schlimm aber scheint es zu sein, wenn ein Hamburger Landespolitiker nicht in Hamburg, sondern zum Beispiel in Bayern laut nachdenkt. Ich habe das selbst erlebt. Nach meinem – wie ich fand – gar nicht so sensationellen Referat in Tutzing haben mich sogar einige meiner Freunde, die gar nicht entsetzt waren über den Inhalt des Referats, dennoch entsetzt gefragt, ob ich denn nichts Besseres zu tun habe, als nach Bayern zu fahren, um dort über Demokratisierung beziehungsweise über die Unregierbarkeit von Großstädten zu philosophieren. Meine Antwort darauf war und ist sehr klar: Ich habe in der Tat nichts Besseres zu tun als dies: In Hamburg oder anderswo darüber nachzudenken und zu reden, wie wir die allgemeinen strukturellen Probleme, die alle großen Städte zugleich haben, lösen können.

Hamburg ist dabei von seiner Aufgabenstellung her exemplarisch für andere Großstädte. Auch wenn uns nach außen noch das Image anhängt, eine Hafen- und Handelsmetropole zu sein – dies und mehr nicht –, so bleibt doch folgendes richtig: Hamburg ist, nach Berlin, die zweitgrößte Industriestadt Deutschlands, Medienzentrum – was einige jetzt erst entdecken –, Zentrum von Wissenschaft und Forschung, kulturelle Metropole von internationalem Rang, hochgestochen, beinahe elitär, faszinierend gut und in erfrischender Weise komplettiert durch das, was einige Leute die „Szene“ nennen – die meisten von ihnen kennen sie gar nicht. Hamburg – das ergibt diese Aufzählung – hat keine Monostruktur, alle Wirtschaftszweige sind hier vertreten, wenn auch strukturell nicht völlig ausgewogen: Hamburg erfüllt alle erdenklichen Metropolfunktionen. Wir sind also in der Tat exemplarisch für

große Städte und eben deshalb aufgrund unserer umfassenden Kompetenz und unseres Zuganges zur Bundesgesetzgebung aufgerufen, Sprecher der großen Städte unseres Landes zu sein. Das zwingt uns aber auch, diese Rolle anzunehmen und auszufüllen. Hamburgs Einfluß auf die Bundesgesetzgebung darf sich nicht darauf beschränken, auf einer Stadtstaatenklausel zu bestehen und bei Hafenfragen die Hand zuheben.

Dabei muß gesehen werden: Der Zustand der Städte ist entscheidend für den Zustand unseres Landes. Kommunalpolitik, Politik in den Großstädten ist weit mehr als nur die Summe von Verkehrspolitik, Industrieansiedlungspolitik, Wohnungsbaupolitik und von anderen Teilbereichen der städtischen Politik. Anstrengungen und Erfolge durch gute Politik in diesen Teilbereichen sind notwendig, um zu erhalten, was die Stadt insgesamt ausmacht. Sie ist Lebens-, Arbeits- und Freizeitplatz – wenn Sie so wollen: Heimat – für eine große Zahl von Menschen. Sie beeinflußt darüber hinaus das Leben von den in ihrem Umland wohnenden Menschen in entscheidender Weise, wie man am Beispiel Hamburgs erkennen kann. Bis hinauf nach Itzehoe und Neumünster sind die Menschen in der Region nach Hamburg orientiert. Ihre Lebensqualität wird durch die Leistungsfähigkeit und die Ausstrahlungskraft Hamburgs beeinflußt; Kiel – ich bitte um Nachsicht – liegt für sie „etwas am Rande“.

Auch für die weitere Entwicklung unserer Demokratie ist die Entwicklung der großen Städte von besonderer Bedeutung. Nirgendwo ist Politik so unmittelbar erlebbar, ist der Staat so konkret präsent wie in einer großen Stadt. Wenn es uns hier gelingt, das hohe Maß an Identifikation, das aus Lokalpatriotismus resultiert, demokratisch zu qualifizieren, leisten wir einen wesentlichen Beitrag, vielleicht sogar den entscheidenden Beitrag, für die langfristige Stabilisierung der Demokratie. Unser Hamburger Bestreben muß es sein, durch eine solche Qualifizierung, durch die Aktualisierung der traditionellen hamburgischen Liebe zur Tradition der Demokratie selbst die Chance zu geben, Tradition zu werden.

Dabei spielen die demokratischen Parteien eine entscheidende Rolle; zumindest sollten sie eine entscheidende Rolle spielen. Ob sie dieser Rolle gerecht werden, erscheint mir aber bei allen drei in der Bürgerschaft vertretenen Parteien zweifelhaft. Gelegentlich kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Parteien – und diese Aussage ist durchaus selbstkritisch zu verstehen, denn ich binstellvertretender Vorsitzender einer dieser Parteien, also verantwortlich – in ihrer Konzentration auf engem Raum zunehmend mehr der Versuchung unterliegen, sich mit Theorie oder, wenn nicht einmal dies, dann mehr oder weniger nur noch mit sich selbst zu beschäftigen. Was hier politisch, genauer parteipolitisch geschieht, wirkt alles ein bißchen provinziell, der parteipolitische Denk- und Handlungshorizont steht jedenfalls in einem gewissen Mißverhältnis zu der beschworenen Offenheit, ja sogar Weltöffnenheit der Stadt insgesamt.

Ich wiederhole noch einmal: Diese Aussage soll auch als selbstkritische bewertet werden; zugleich aber ergibt sich aus ihr die an Sie alle gerichtete Forderung, sich selbst mehr um Politik auch in den Parteien zu kümmern. Es darf sich niemand zu schade, zu fein sein, Mitglied einer Partei zu werden und eine Funktion oder ein Mandat zu übernehmen. Man kann nicht gut über den Zustand der Parteien, auch nicht über das Niveau parlamentarischer Debatten lästern – d. h. man kann es schon, nur: Legitim ist es nicht –, wenn man nicht selbst bereit ist, die Mühen einer solchen Tätigkeit auf sich zu nehmen – es sind erhebliche Mühen.

Da ich von Provinzialität gesprochen habe, muß ich auch ein Wort an die Vertreter der Medien, der Presse insbesondere, richten. Dabei muß ich vorsichtig und will ich freundlich sein. Ohne Ihnen zu nahe treten zu wollen – es ist natürlich richtig, der interessierten Öffentlichkeit mitzuteilen, wer wo beraubt worden, mit dem Auto gegen einen Baum gefahren oder in sonstiger Weise in wie immer zu qualifizierende, besondere Lebenslagen hineingeraten ist. Ich kann mir sogar vorstellen, daß dies zu lesen für viele Hamburger wichtiger ist als die Lektüre über den Besuch eines ausländischen Ministers oder Ministerpräsidenten. Nur frage ich mich – habe auch die Vertreter der Presse schon konkret gefragt, und sie haben allesamt sehr positiv reagiert –, ob es sich die Pressestadt Hamburg erlauben kann, in der Berichterstattung über sich selbst das durch den verbalen Anspruch und den tatsächlichen Zustand dieser Stadt vorgegebene Niveau – nicht durchweg und keineswegs immer,

aber doch gelegentlich in nachdenklich stimmender Weise - zu unterschreiten. Die Presse wird wahrscheinlich erwidern, das sei halt die Schuld der Politiker; das Niveau der „Berichterstattung“ passe sich dem Niveau der Politik an. Das mag so sein; und dann muß es auch so dargestellt werden. Nur dies muß auch klar sein: Die Stadt ist gut und in Ordnung, und wenn sie das ist, dann muß es auch so dargestellt werden.

Damit ist das Problem der Selbstdarstellung Hamburgs ganz allgemein angesprochen, ein, wie Sie wissen, delikates Thema. Es ist offensichtlich sehr schwierig, das Image Hamburgs in einer plakativen Formel zusammenzufassen, da sich diese Stadt in ihrer faszinierenden Vielgestaltigkeit auf eine griffige Formel nicht reduzieren läßt. Das ist ihr Vorzug. Aber dennoch muß es zu denken geben, daß es den Hamburgern, die der Welt – weiß Gott – alles verkaufen, was verlangt wird, dennoch nicht gelungen ist, sich selbst überall in vorteilhafter Weise zu verkaufen. Ich sehe, der Generalkonsul der Vereinigten Staaten ist anwesend; deshalb füge ich hinzu: Es hat natürlich etwas mit der Einteilung von Besatzungszonen zu tun, wenn die Amerikaner nur München und Heidelberg kennen und meinen, dies sei Deutschland. Natürlich müßte ich jetzt, wenn ich korrekt verfahren wollte, über die Hamburg-Werbung und ihre Neuordnung sprechen. Ich kann das aber nicht tun, weil, wir uns bei diesem Problem noch im internen „Dialog“ befinden. Ich meine aber, die Gerechtigkeit gegenüber jenen, die zur Zeit für die Hamburg-Werbung arbeiten, gebietet es anzuerkennen, daß die bisherige Arbeit so schlecht nicht gewesen ist, wie sie vielfach gemacht wird. Mir scheint überdies, daß eine bessere Hamburg-Werbung allein mit werbetechnischen Mitteln nicht zu erreichen ist. Zunächst einmal müssen wir alle die Notwendigkeit, für uns zu werben, erkennen und die schlichte Tatsache akzeptieren, daß wir tatsächlich etwas zu verkaufen haben, nämlich: Die Stadt in ihrer äußerer Gestalt, uns selbst, unsere Leistungsfähigkeit und unsere Art zu leben.

Die letzte Aussage veranlaßt mich zu einer zusätzlichen Überlegung beziehungsweise Frage: Wir sprechen gern und mit kaum verhohlenem Stolz von uns als „den Hamburgern“. Ich frage mich und ich frage Sie: Gibt es uns, so pauschal beschrieben, überhaupt; gibt es so etwas wie eine Hamburger Gesellschaft?

Ich bitte, nicht mißverstanden zu werden. Ich rede nicht von Society oder gar High-Society. Die gibt es, wie Sie und ich wissen. Ich rede von den Menschen, die hier leben, hier arbeiten, die sich hier begegnen, manchmal miteinander sprechen und alle zusammen die Gesellschaft ausmachen. Es gibt Anzeichen dafür – sehr wahrscheinlich wegen der ungewöhnlich hohen Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt –, daß es in Hamburg tatsächlich so etwas wie eine auf Gemeinsamkeitsbedürfnis gegründete Gesellschaft gibt. Wie anders wäre zu erklären, daß Hunderttausende sich aufmachen, um die Köhlbrandbrücke oder den Elbtunnel in Besitz zu nehmen oder die aus dem Suez-Kanal heimkehrenden Schiffe zu begrüßen? Dennoch fällt auf, daß es das große Gespräch in dieser Stadt quer durch die Schichten, Gruppen, Kreise und Zirkel, wenn überhaupt, dann nur in sehr begrenztem Umfang gibt. Es treffen sich und reden miteinander immer nur dieselben. Die Kreise sind festgefüg, und es dauert seine Zeit – wenn man nicht durch das Amt begünstigt wird –, in sie vorzudringen. Hier appelliere ich ein weiteres Mal an Ihre Initiative und Offenheit. Meine Bitte: Öffnen Sie sich – jeder in seinem Kreis – für Probleme, die Sie nicht kennen, weil sie Sie vordergründig nicht betreffen, und für Menschen, denen Sie normalerweise nicht begegnen, es sei denn, Sie wollen es.

Ich möchte meine Ausführungen hier abbrechen, wohl wissend, daß vieles nicht gesagt, und was gesagt worden ist, unvollkommen sein muß. Wenn es mir gelungen wäre, den einen oder anderen mit dieser oder jener Bemerkung zum Nachdenken und zur Initiative zu veranlassen, dann würde mich das schon befriedigen. Denn so ist es nun einmal: Das Amt des Bürgermeisters gibt mir nicht die Macht, Entwicklungen, die ich für richtig halte, durch Beschuß oder Dekret in Gang zu setzen. Manchmal ertappe ich mich dabei, daß ich dies zu bedauern beginne. Ich kann nur versuchen, andere, auf deren Hilfe ich angewiesen bin, zu überzeugen. Bei dem Versuch, Hamburgs Zukunft zu gestalten, bin ich auf Ihre, bin ich auf die Hilfe aller Hamburger angewiesen.

